

Wilson und Oesterreich-Ungarn.

Neutrale Urteile.

1 Haag, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Die Wilsonsche Antwort an Oesterreich hat in Holland, soweit bis jetzt Presseäußerungen vorliegen, eine begriffliche Bestätigung hervorgerufen. Das Haager „Vaderland“ sagt in einer Extraausgabe, daß Wilson sein anfänglich gegebenes Wort zurücknehme, nachdem seine Antwort an Deutschland mit allen ihren Bedingungen in Kraft bleibe. „Welche Sicherheit“, so fragt das „Vaderland“, „hat nun Deutschland und Oesterreich, daß die anderen Bedingungen, auf Grund deren man sich bereit erklärt hatte, Frieden zu schließen, noch gelten. Wilson kann ja bei jeder Einzelbedingung behaupten, daß sich die Umstände geändert hätten.“ — Der „Haager Nieuwe Courant“ erklärt gleichfalls in einer Extraausgabe: „Der Rechtsgedanke kommt bei diesem Idealisten Wilson aus Gedränge gegenüber den Bestrafungs- und Rache-Ideen der Befürworter einer absoluten Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, deren armenige Ueberreste dann durch einen Völkerbund unterdrückt werden sollen. In Wirklichkeit bedeutet es, daß ganz Mitteleuropa in einen riesigen Balkan umgewandelt wird und daß die nun neutral gebliebenen Nachbarn das ganze Elend dieses Zustandes zu erwarten haben.“

1 Bern, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Zur Antwort Wilsons an Oesterreich schreibt die Genfer „Feuille“: „Wir nehmen ihre 14 Punkte an. — Ohne Einschränkung? — Ohne Einschränkung. — Gut, aber ich nehme sie nicht mehr an.“ Das ist der verstimrende Ausgang, den der Schiedsrichter der Welt sich nicht schenkt, der Unterredung zwischen ihm und seinen Feinden zu geben. Was werden wir morgen, was übermorgen erfahren? Man muß sich klar machen: Die Grundsätze, auf die Wilson sich beruft, sind nur Fassade oder vielmehr, es sind nicht strenge Rechtsgrundsätze, sondern Kapitulationen, die je nach den Kriegsnotwendigkeiten hin- und herschwanken und deren einziger Zweck zu sein scheint, diese zu rechtfertigen. Darum beschmutzen sie sich selbst, wenn sie an sich unwiderlegbar sind wie das Selbstbestimmungsrecht, durch die unvollständige und widerspruchsvolle Anwendung, die man je nach den Interessen des Augenblicks ausübt, mit Sophismen; sonst wäre es unmöglich, sich das Stillschweigen zu erklären, das über die Bestrebungen der der Entente unterworfenen Völker bewahrt wird, deren Dasein überhaupt auf Grund der Wiedergutmachung des Unrechts vergessen zu sein scheint. Seine Antworten an die Mittelmächte erscheinen demzufolge nicht als Friedens-, sondern als Kriegshandlungen. Der Präsident nimmt überdies die Erklärung der Ansicht einiger Politiker für den authentischen Ausdruck des Willens der Nationen, für die er sich interessiert; von Volksabstimmung ist dabei keine Rede.“

Der „Lund“ bemerkt, die Antwort Wilsons sei ganz im Sinne der Ausführungen der Ententepresse gehalten. Es werde in Anbetracht der Grenzen, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Völkermischung schwer sein, einen einheitlichen Staatenstaat zu bilden. Was die verschiedenen Stämme am meisten zusammenhalte, seien die wirtschaftlichen Vorteile und Notwendigkeiten.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: „Obwohl die sonst nichts verschweigenden tschechischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat bis jetzt eine Erklärung vorgelesen haben, ist es doch Tatsache, daß in Böhmen eine große republikanische Strömung besteht. Die österreichisch-ungarische Regierung sieht sich somit durch die Antwort Wilsons vor noch größere Schwierigkeiten gestellt.“

Die tschecho-slowakische Nation.

Wien, 20. Okt. (Priv.-Tel.) Die Blätter melden aus Prag: Gestern tagte unter dem Vorsitz von Pramarisch der tschechische Nationalausschuß und der tschechische Abgeordnetenverband. Die Beratungen waren vertraulich. Es wurde eine Resolution gefaßt, worin sich der Nationalausschuß für die Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Forderungen und für den Schutz der Slowaken aussprach.

Die gestern Abend wieder neu erschienenen „Moravianer“ schreiben über die Beratungen: In erster Linie wurden neuerlich und bestimmt die Ziele der tschecho-slowakischen Nation, welche einzig und allein in einem mit den polnischen und baltischen Staaten verbündeten und selbständigen tschecho-slowakischen Staate gipfeln, festgelegt. Es wurde klar ausgesprochen, daß die Grundlage des tschecho-slowakischen Staates nicht durch Abtretung von Teilen seines historischen Landes gestört werden könne. Auch solle der tschecho-slowakische Staat im weitestem Sinne demokratisch sein, welcher grundätzlich der Begriff voller Gerechtigkeit gegenüber allen Bewohnern dieses Staates ohne Unterschied der Nationalität in sich befinde. Der Nationalausschuß und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren unverbrüchlich auf dem Standpunkte, daß es mit Wien für die tschecho-slowakische Nation keinerlei Verhandlungen über ihre Zukunft gebe. Die tschechische Frage habe aufhörte, eine Frage der inneren Regelung Oesterreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst werden.